

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 25.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 29, Telefon: Amt III, 5246.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz.
Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Feilzeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Bekanntmachungen. Gewerbliche Kämpfe im Auslande. Rundschau. Genossenschaftliche Monatschau. Das Gewerbe, III. Zum Frauenlage. Ein Gedenktag für die deutsche Demokratie. Aus der Reichsversicherungs-Kommission, IX. Adressen-Aenderungen. Eingegangene Gelder. — **Allgemeines:** Unsere Totenliste, III. Ortsberichte: Aachen, Hirschberg. — **Der Lithograph:** Die Chromolithographie, IV. Graphische Zeichner. — **Der Steindruck:** Das Hilfspersonal des Steindruckgewerbes, II. — **Die photomech. Fächer:** Christliche Sykophanten, II. **Anzeigen** (mit Totenliste).
Beilage: Kassenbericht über das III. Quartal 1910. — **Feuilleton:** Die Grundzüge der Spektralanalyse. Vom Büchertisch.

Bekanntmachungen.

Gesperrt.

Böhmen. Das deutsche Gebiet und die Firma Schulz in Prag sind nach wie vor streng gesperrt.

Gewerbliche Kämpfe im Auslande.

Das Jahr 1911 scheint für die internationale Kollegenschaft ein *Kampfsjahr erster Ordnung* werden zu wollen. In einer ganzen Reihe von Ländern sind im polygraphischen Gewerbe Tarifkämpfe im Gange, deren einige schon in den letzten Wochen des Jahres 1910 ihren Anfang nahmen. Die wichtigsten und umfassendsten dieser Bewegungen, die Kämpfe in Böhmen, Finnland und England, werden auf beiden Seiten mit einer außerordentlichen Zähigkeit und Ausdauer geführt; besonders hält die Arbeiterschaft fest und unerschütterlich im Kampfe aus, sodaß der Erfolg dieser straffen Disziplin und unerschütterlichen Solidarität trotz der Hülftung der Gegner letzten Endes nicht ausbleiben kann. Da alle diese Bewegungen auch für die deutsche Kollegenschaft von größter Wichtigkeit sind, mögen sie in unserem Organ, das laufend durch Artikel und Rundschautexten über ihren Beginn und bisherigen Verlauf berichtete, eine zusammenfassende Würdigung erfahren.

Die Tarifbewegung unserer Kollegen in Ungarn, die wie die böhmische Tarifbewegung bereits Ende des vorigen Jahres einsetzte, drohte ebenfalls zu einem schweren Kampfe zu führen. Die Gehilfen forderten die Verkürzung der 8 1/2-stündigen Arbeitszeit auf 8 Stunden, und zwar für alle Berufsangehörigen, also auch für das Hilfspersonal. Da die Prinzipale von irgend welchen Zugeständnissen in dieser Richtung zu scheitern. Zu guterletzt besannen sich die Unternehmervertreter aber doch eines Besseren und sie stimmten einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 1/4 Stunden täglich, wesentlichen Lohnerhöhungen, besonders für das Hilfspersonal, und einer Reihe weiterer Verbesserungen des bisherigen Zustandes zu. Mit diesen Bedingungen wurde der Tarif auf 8 Jahre erneuert und das graphische Gewerbe Ungarns vor schweren Erschütterungen durch einen langwierigen Kampf bewahrt.

Im Gegensatz zu den ungarischen Prinzipalen waren die Unternehmer in Böhmen nicht so klug und einsichtig, um das Gewerbe durch

ein rechtzeitiges Einlenken vor einem schweren Kampfe und den damit verbundenen tiefgreifenden Schädigungen zu bewahren. Alle Versuche zu einer für die Gehilfen annehmbaren Erneuerung des am 1. Dezember 1910 abgelaufenen Tarifs scheiterten. Neben einer Erhöhung der Mindestlohnsätze, der tariflichen Festlegung von Ferien usw. forderte die böhmische Kollegenschaft hauptsächlich die Verkürzung der Arbeitszeit in den Steindruckereien auf 8 1/2 Stunden. Die energische Vertretung gerade dieser Forderung waren die böhmischen graphischen Arbeiter der gesamten österreichischen Kollegenschaft schuldig. Denn in allen anderen österreichischen Kronländern ist die 8 1/2-stündige Arbeitszeit für Steindrucker bereits tariflich festgelegt. Die böhmischen Kollegen durften nicht die Hand dazu reichen, daß die böhmischen Unternehmer auch während einer neuen Tarifperiode infolge einer gegen die übrigen österreichischen Firmen längeren Arbeitszeit letzteren gegenüber Schmutzkonkurrenz zu treiben vermögen. Es kam daher zum Kampfe, der durch die tschechische Spezialorganisation bereits am 26. November 1910 durch Arbeitsniederlegung eröffnet wurde, worauf am 10. Dezember die allgemeine Aussperrung aller böhmischen Kollegen folgte. Ueber den bisherigen Verlauf des Kampfes, der fast die gesamte deutsche und tschechische Kollegenschaft in Böhmen einschließlich des Hilfspersonals umfaßt, berichteten wir in den Nrn. 2, 4, 6, 8 und 10. In letzterer konnten wir mitteilen, daß die tschechische Lithographicka Beseda Ende Februar Sonderabmachungen mit den Unternehmern getroffen hat. Der Kampf wurde inzwischen nach einer Dauer von 14 Wochen abgebrochen. Der tschechische Verband hat wöchentlich 11000 Kronen und im Ganzen 154000 Kronen aufzubringen gehabt. Näheres über diesen Abschluß läßt sich erst sagen, wenn genauere Angaben vorliegen und der gesamte Kampf abgeschlossen ist. Die dem österreichischen Zentralverband angehörende Kollegenschaft verharret zur Zeit noch im Kampfe. Inzwischen sind jedoch auch mit dem österreichischen Senefelderbunde Verhandlungen eingeleitet worden, die aber schon nach einer Dauer von 20 Minuten wieder abgebrochen werden mußten, weil den Gehilfenvertretern zugemutet wurde, den mit der Lithographicka Beseda abgeschlossenen Tarif ebenfalls anzuerkennen. Das war jedoch dem Senefelderbunde unmöglich, weil dieser Tarif gegenüber dem bisherigen Zustande in manchen Positionen noch Verschlechterungen enthält und das Hilfspersonal ganz unberücksichtigt läßt. Die Versammlungen der Kollegenschaft in den einzelnen Städten billigten diesen Standpunkt der Vertreter des österreichischen Senefelderbundes einmütig. Der Kampf geht also mit alter Energie weiter.

Eine weitere Tarifbewegung, die ebenfalls bereits im November vorigen Jahres einsetzte, fand in Bulgarien statt. Dort wurden 450 Arbeiter aller Branchen des polygraphischen Gewerbes von Mitte November 1910 ab 10 Wochen lang ausgesperrt. Die bulgarischen Lithographen und Steindrucker sind unserer

Berufsinternationale noch nicht angeschlossen. Dagegen wurden die Ausgesperrten von den internationalen Sekretariaten der Buchdrucker und Buchbinder unterstützt. Leider mußte der Kampf, der 41000 Franks gekostet hat, am 5. Februar ohne einen direkten Erfolg für die Arbeiterschaft abgebrochen werden.

Mit dem Beginn des laufenden Jahres setzte der Tarifkampf der graphischen Arbeiterschaft in Finnland ein, durch den gegen 2000 Arbeiter aller Branchen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Organisation forderte die Einführung des Achtstundentages, Lohnerhöhungen usw., während die Unternehmer einer Erneuerung des am 31. Dezember 1910 abgelaufenen Tarifs nur mit Verschlechterungen der bisherigen Verhältnisse zustimmen wollten. Ueber den bisherigen Verlauf des Kampfes berichteten wir in den Nrn. 1, 4, 6, 8 und 10. Die Stellung der Unternehmer wurde gestärkt durch Streikbrecher aus bürgerlichen Kreisen. Studenten, Maschinenschreiberinnen usw. mühten sich an den Setzmaschinen ab, um den Arbeitern die Hebung ihrer Lage unmöglich zu machen. Alle diese Bemühungen blieben aber bisher ergebnislos. Der internationale Solidarität der finnischen und skandinavischen Druckereibesitzer wurde ferner die internationale Arbeitersolidarität entgegengesetzt. Die internationalen Sekretariate der Buchdrucker, Buchbinder und Lithographen und Steindrucker unterstützten die finnischen Kollegen tatkräftig. Die graphische Arbeiterschaft Schwedens, Norwegens und Dänemarks hat noch eine besondere Unterstützungsaktion eingeleitet. Vertreter der Buchdruckerverbände dieser Länder waren persönlich in Finnland, um mit dem finnischen Verbandsvorstande über Maßnahmen zur tatkräftigen Fortführung des Kampfes zu beraten. Die Konferenz, die den Unternehmern zeigte, daß die finnische Arbeiterschaft die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit noch lange nicht nötig hat, führte zur Anbahnung von Verhandlungen durch die Regierung. Beide Parteien erklärten sich mit dem Vermittlungsversuch einverstanden. Die Verhandlungen, die am 27. Februar begannen, endeten aber nach einem beim internationalen Sekretariat in Stuttgart eingegangenen Telegramm ergebnislos. Der Kampf, der jetzt schon 10 Wochen dauert, nimmt also seinen Fortgang. Die graphische Arbeiterschaft aller Länder muß dafür Sorge tragen, daß er weder am Zuzug von Streikbrechergesindel noch am Mangel von Mitteln verloren geht.

Ein anderer ausgedehnter Kampf tobt schon seit einer Reihe von Wochen im Buchdruckgewerbe Englands, und zwar besonders in London. Von dem ursprünglichen Plane aller englischen, durch ein festes Kartellverhältnis verbundenen Zentralverbände des graphischen Gewerbes, in eine allgemeine Bewegung für die Erringung des Achtstundentages einzutreten, war Abstand genommen worden. Am 4. Februar traten jedoch die Londoner Schriftsetzer für diese Forderung allein in den Streik. Eine ganze Reihe von Firmen hat die 48 stündige Arbeitswoche bereits bewilligt. Am 24. Februar haben

auch die Londoner Lithographen, Steindruckern und Schleifer die Kündigung eingereicht. Der Solidaritätsstreik unserer Kollegen hat inzwischen begonnen, wodurch aller Voraussicht nach auch der letzte Widerstand der Londoner Buchdruckereibesitzer gegen den Achtstundentag gebrochen werden wird.

Wie in Finnland und London, so stehen auch unsere Kollegen in Portugal gemeinsam mit den Buchdruckern und den graphischen Arbeitern der anderen Banchen in einer Tarifbewegung (s. »Gr. Pr.« Nr. 4). Näheres über deren Verlauf konnten wir leider noch nicht erfahren.

Auch in einem großen Distrikt Belgiens, in der Provinz Lüttich, stehen die Buchdrucker Schulter an Schulter mit unseren Kollegen im Kampfe. Dort handelt es sich um die Durchführung des Neunstundentages. In Lüttich traten zunächst Anfang Februar die Buchdrucker für diese Forderung in den Streik, worauf die Lithographen und Steindrucker ausgesperrt wurden. Neben dieser Stadt kommt für unsere Kollegen noch Verviers in Frage, wo der Kampf ebenfalls auf der ganzen Linie entbrannt ist. Die Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Dagegen wurde die Tarfbewegung unserer Kollegen in Luxemburg, die keinen eigenen Verband haben, sondern der deutschen Organisation angeschlossen sind, ohne Kampf mit einem schönen Erfolge abgeschlossen. Von den Vereinbarungen, deren wichtigste Punkte der Hauptvorstand in Nr. 9 der »Gr. Pr.« bekannt gab, ist besonders die Anerkennung der 8 1/2-stündigen täglichen Arbeitszeit für alle Beschäftigten bemerkenswert.

Kleinere Betriebsbewegungen sind — abgesehen von Deutschland — zur Zeit noch in der Schweiz, wo das Artistische Institut Orell Föllli in Zürich wegen ausgebrochener Differenzen Ende Januar für alle Berufsgruppen gesperrt werden mußte, und in Holland im Gange, wo die Firma Emanuel Smeets in Weert den Vorsitzenden der Organisation maßregelte, während es in der Firma Vas. Diaz in Amsterdam wegen Tarifforderungen zur Einreichung der Kündigungen kam. Beide Anstalten mußten daher ebenfalls gesperrt werden.

Daß sich während dieses allgemeinen Ringens zur Besserung der Lage der Kollegenschaft, das Ende des vorigen und Anfang dieses Jahres in vielen Ländern einsetzte, auch Deutschland nicht passiv verhält, beweist die Liste von abgeschlossenen oder noch schwebenden Lohnbewegungen, die der Hauptvorstand in Nr. 9 der »Gr. Pr.« bekannt gegeben hat. Während es sich bei diesen Bewegungen nur um das Vorgehen in einzelnen Betrieben oder bestimmten Orten handelte, hat unser Verband aber auch durch den Abschluß eines neuen Zentraltarifs die Verhältnisse einer ganzen Sparte über das ganze Reich neu zu regeln und zu verbessern vermocht, und zwar durch den neuen Lichtdruckertarif, durch den hauptsächlich der Achtstundentag für das gesamte deutsche Lichtdruckgewerbe prinzipiell zur Anerkennung gelangte.

Allüberall ist die Kollegenschaft also eifrig bemüht, sich den Teil am Ertrage ihrer Arbeit zu sichern, der zu einem menschenwürdigen Dasein unbedingt notwendig ist. Und wenn auch in einem Falle, in Bulgarien, dieses Ringen vorläufig ergebnislos blieb, so wird diese Schlappe doch um das Vielfache aufgewogen durch die Erfolge, die die ungarische, luxemburgische und deutsche Kollegenschaft zu erringen vermochte. Sie lassen darauf hoffen, daß auch das Ringen der Kollegen in Böhmen, Finnland, England, Portugal, Belgien usw. nicht vergeblich bleiben, sondern von dem verdienten Erfolge gekrönt sein wird. Die internationale Solidarität der klassenbewußten Kollegenschaft aller Länder wird ihren Teil zum guten Abschluß der noch tobenden Kämpfe im graphischen Gewerbe der verschiedenen Staaten beitragen.

Rundschau.

Die Lehr- u. Versuchsanstalt für Photographie, Chemigraphie, Lichtdruck und Gravüre zu München bezieht im April ein neues großes Gebäude, nachdem sie sich seit ihrer Begründung im Jahre 1900 mit einem Provisorium beholfen hat. Das neue Anstaltsgebäude, das am 9. Mai feierlich eröffnet werden soll, umfaßt insgesamt 90 Räume, von denen namentlich 5 Portätsateliers im Flügelbau, 2 Reproduktionsateliers im Vordergebäude, 7 Dunkelkammern zum Teil mit sogenannten Labyrintheingängen, 4 Vergrößerungsräume, 2 Positivlaboratorien in durchaus neuer Anlage, 3 Kopierhäuser, Maschinenräume für Licht- und Kupferdruck, 4 Räume für die Abteilung Gerichtsphotographie, Versuchsstation und Materialprüfstelle, dabei ein Raum für Sensitometrie und Mikrophotographie, 3 für Röntgenzwecke vorgesehene Räume, ein großer Sammlungsraum, ein Hörsaal für ca. 100 Hörer und ein 110 qm großer Zeichensaal besonders erwähnenswert sind. Die Stadtgemeinde stellte für die Zwecke der Anstalt das umfangreiche städtische Anwesen, auf dem sich das Gebäude erhebt, auf die Dauer von 20 Jahren mietfrei zur Verfügung, was einer jährlichen Leistung von 10000 Mark gleich zu erachten ist. Regierung und Landtag bewilligten die notwendigen Baumittel in der Höhe von 140000 Mark. Für die technische Neueinrichtung brachte die Anstalt selbst 20000 Mark auf.

Geschäftsergebnisse. Eine Folge der Preisvermehrung der Linoleumfabriken und der von dieser durchgeführten Preiserhöhungen ist eine gewaltige Steigerung des Profits in den Linoleumwerken, über deren Geschäftsergebnisse in den letzten Tagen Angaben in die Öffentlichkeit gelangten. So beschloß der Aufsichtsrat der *Deutschen Linoleum- und Wachsstock-Compagnie in Rixdorf bei Berlin*, die Ausschüttung einer Dividende von 8 Proz. = 292000 Mk. pro 1910 (gegen 5 Proz. = 182500 Mk. i. V.) vorzuschlagen unter Vornahme reichlicher Abschreibungen (i. V. 179204) und bei vorzeitiger Lagerbewertung. Von dem erzielten Uberschuß von 538121 (233159) Mk. (inkl. 9223 Mk. Vortrag a. V.) sollen nach Abzug der vertragsmäßigen Tantiemen, von Gratifikationen sowie Rückstellung von 10000 Mk. für die Talonsteuerreserve 161349 Mk. (9223) auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Aussichten für das laufende Jahr werden von der Verwaltung als befriedigend bezeichnet. — Noch weit günstiger schloß die *Delmenhorster Linoleumfabrik ab*, die laut Geschäftsbericht im abgelaufenen Geschäftsjahr 1910 einschließlich 65448 Mk. Vortrag (i. V. 78900 Mk.) einen Uberschuß von 834169 Mk. (i. V. 509839 Mk.) erzielte. Die Abschreibungen sind auf 251366 Mk. (211847 Mk.) bemessen. Aus dem Uberschuß sollen nach Rückstellung von 30000 Mk. für die Talonsteuerreserve 20 Proz. Dividende = 620000 Mk. (i. V. 13 Proz. = 403000 Mk.) ausgeschüttet und 96611 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden. In der Bilanz erscheinen unter anderem fertige und halbfertige Fabrikate, Materialien mit 2998133 Mk. (i. V. 2901769 Mk.), Kasse, Effekten, Wechselbestand, Bankguthaben mit 340406 Mk. (i. V. 263982 Mk.). Außenstände mit 1398654 Mk. (i. V. 1187809 Mk.) und Buchschulden mit 635393 Mk. (i. V. 378974 Mk.). Ueber die Aussichten für das neue Geschäftsjahr äußert sich die Verwaltung wie folgt: »Für das laufende Jahr hoffen wir wieder ein gutes Resultat zu erzielen. Der Eingang der Aufträge ist bisher befriedigend gewesen. Mit Rücksicht auf die bestehende hohe Preislage verschiedener Rohstoffe haben wir entsprechende Rückstellungen auf unsere Lagerbestände vorgenommen.«

Die *Bremer Linoleumwerke Delmenhorst*, die im Vorjahre gar keine Dividende verteilten, schlossen das Jahr 1910 mit einem Betriebsgewinn von 1060931 Mk. (i. V. 365226 Mk.) ab, wobei die Fertigfabrikate, wie die Verwaltung mittelt, durchschnittlich unter Verkaufspreis inventarisiert sind. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, zu Abschreibungen 367889 Mk. (236118) zu verwenden und auf den verbleibenden Reingewinn von 608146 Mk., 360000 Mk. als 8 Proz. Dividende zur Ausschüttung zu bringen. Die Aussichten für das neue Jahr werden seitens der Verwaltung als zufriedenstellend bezeichnet. — Nicht ganz so riesenhaft ist die diesjährige Dividende der *Germania-Linoleumwerke in Bietighelm*; hinter der des Vorjahres bleibt sie aber immer noch nicht zurück. Der Geschäftsbericht dieser Firma hebt hervor, daß im Laufe des Jahres 1910 die Leinölpreise beträchtlich weiter gestiegen seien und daß sich über die Aussichten des kommenden Jahres mit Bestimmtheit nichts voraussagen lasse. Vorgeschlagen wird wie im Vorjahre die Verteilung einer Dividende von 5 Proz. Der Reingewinn betrug 300200 Mk. — So schröpfte man die Konsumenten zur höheren Ehre des Profits der kuponschneidenden Aktionäre!

Ungetreuer Gewerkschaftskassierer. Der Geschäftsführer Bertina der Bezirkskasse Wiesbaden des Verbandes Deutscher Buchdrucker wurde von der Strafkammer wegen Veruntreuung von 21000 Mk. zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Arbeitslosenversicherung in Dänemark 1909/10. Seit dem Jahre 1907 hat Dänemark eine staatliche Arbeitslosenversicherung. Sie ist in der Weise organisiert, daß eine Anzahl von Arbeitslosenkassen gebildet wurden, denen sich die zu

versichernden freiwillig anschließen können. Die Mitglieder zahlen ihre Beiträge und der Staat gibt einen Zuschuß dazu. Zu Beginn des Jahres, das mit dem 31. März 1910 endete, bestanden in Dänemark 44 solcher Kassen mit einer Mitgliederzahl von 83836, die bis zum Schlusse des Geschäftsjahres auf 89868 angewachsen war. Während desselben wurden 4 neue Kassen errichtet mit 5144 Mitgliedern bei der Errichtung und 5421 am Ende des Jahres. Die am 31. März bestehenden 48 Kassen hatten also zusammen 95289 Mitglieder aufzuweisen. Von diesen Mitgliedern entfielen 471 Proz. auf Kopenhagen und Frederiksberg, 37,4 Proz. auf Provinzstädte und 14,1 Proz. auf ländliche Distrikte, der Rest war unbekanntes Wohnsitzes. Das Gesamteinkommen der 48 Kassen während des Jahres 1909/10 betrug 2193760 Mk., von denen 1240260 Mk. auf Mitgliederbeiträge, 640180 Mk. auf die staatliche Unterstützung, 280160 Mk. auf Gemeindegelder und 7300 Mk. auf Schenkungen und Stiftungen entfielen. Die Ausgaben der Kassen erreichten die Höhe von 1842300 Mk. Davon wurden 1562600 Mk. in Form von täglichen Unterstützungen gewährt, 75040 Mk. in anderen Formen, während 66140 Mk. von den mit 18 Kassen verbundenen Arbeitsmarktstatistiken verschlungen wurden. Die Verwaltungsausgaben beliefen sich auf 13852 Mk. Das angesammelte Vermögen aller Kassen betrug am 31. März 1910 rund 735000 Mk. oder 7 3/4 Mk. pro Mitglied. Unterstützung erhielten im Berichtsjahre die Mitglieder von 43 Kassen für 1087186 verlorene Arbeitstage, während die tatsächliche Arbeitslosigkeit dieser Mitglieder sich im Berichtsjahre auf 2575433 Tage erstreckte. Nach dem dänischen Zensus von 1906 waren in diesem Jahre 176368 Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre vorhanden, die für die Arbeitslosenversicherung in Betracht kämen. Ein Vergleich mit den tatsächlich Versicherten zeigt, daß etwa 64 Proz. der männlichen und 22,3 Proz. der weiblichen Arbeiter sich einer Versicherung angeschlossen haben. Das ist schon ein recht günstiges Ergebnis. Es ist für Deutschlands Sozialpolitik beschämend, daß weit kleinere Industrieländer wie Dänemark und Belgien, außerdem auch Frankreich ihm mit der Schaffung der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung vorangegangen sind.

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 11. März 1911.

Die deutsche Großeinkaufsgesellschaft 1910. Vergleichende Zahlen. Internationale Konsumvereinsstatistik: Zahl der Vereine; Mitgliederzahl; Umsatzziffern; Durchschnittszahlen; Durchschnittsumsätze pro Mitglied.

In unserer vorigen Monatsschau veröffentlichten wir einen Ueberblick über den Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft englischer Konsumvereine im Jahre 1910, der gegenüber dem Vorjahre in den verschiedenen Zweigen um 3,2 bis 6,6 Proz. gestiegen ist. Heute sind wir in der Lage, die erfreuliche Mitteilung machen zu können, daß der Prozentsatz der Umsatzsteigerung bei der deutschen Großeinkaufsgesellschaft noch beträchtlich höher war wie bei der englischen. Während sich der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine im Jahre 1909 auf 74915813 Mk. belief, betrug er 1910 88696649 Mk.; was bedeutet eine Steigerung von 18 Proz. Im vierten Quartal allein wurde gegen das entsprechende Quartal des Vorjahres ein Mehrumsatz von 433535 Mk. erreicht. Im Dezember betrug der Umsatz sogar über 10 1/2 Millionen Mark. Das ist der höchste Monatsumsatz, den die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bisher erzielte. Die Bankabteilung kann im Debet einen Jahresumsatz von 62410598 Mk., im Kredit von 63329534 Mk. verzeichnen. Gegen ihr erstes Geschäftsjahr 1909 bedeutet das eine Steigerung von 78 bzw. 81 Proz.

Wie die englische und deutsche, so haben auch die Großeinkaufsgesellschaften der meisten anderen Länder, deren Umsatzziffern bekannt sind, im vergangenen Jahre gute Fortschritte gemacht, wie folgend: Zusammenstellung lehrt: Die Umsätze betragen in

Großeinkaufsgesellschaft in	Umsatz 1910 in Mark	Zu- oder Abnahme gegen 1909	
		in Mark	in Proz.
England . . .	531 356 660	+ 17837900	+ 3,3
Schottland . .	154 763 160	+ 5620 440	+ 3,67
Deutschland .	88 696 649	+ 13 753 836	+ 18,36
Ungarn . . .	15 973 791	+ 2 290 816	+ 16,75
Finnland . . .	10 888 062	- 369 341	- 3,3
Holland . . .	5 383 687	+ 1 030 793	+ 24,0
Norwegen . . .	1 073 886	+ 353 020	+ 49,0

An der Spitze steht natürlich die englische Großeinkaufsgesellschaft, ihr folgt die schottische. Unsere deutsche vermag zwar bei weitem noch nicht jene Ziffern aufzuweisen, ist von allen folgenden jedoch durch einen großen Abstand getrennt und kann einen sehr bedeutenden Zuwachs verzeichnen. Die einzige Gesellschaft deren Umsatz zurückgegangen ist, ist die finnische, während die schottische jetzt wieder ihren Umsatz vermehrt hat, nachdem er zwei Jahre hindurch gesunken war.

Leider besteht noch nicht in allen Ländern mit nennenswerter Konsumgenossenschaftsbewegung eine systematische Statistik. Das erschwert eine vergleichende Uebersicht über die gesamte Be-

wegung sehr. Für das Jahr 1909 haben nun einige Spezialerhebungen einen solchen Vergleich doch möglich gemacht. Das »Internationale Genossenschafts-Bulletin« bringt eine interessante Zusammenstellung für sieben Länder.

Frankreich weist die größte Zahl Vereine auf (2636). Ihm folgt Deutschland mit 2270 Vereinen, dann erst Großbritannien mit 1450 Vereinen. Nicht viel weniger zählt das kleine Dänemark (1300). Die Schweiz und Schweden haben ungefähr gleich viel (550 und 530). Belgien zählt 391 Vereine.

Würdigt man jedoch die Organisation der Konsumenten nach der Mitgliederzahl der Vereine, so überragen die britischen Genossenschaften mit 2,47 Millionen die der andern Länder ganz erheblich. Deutschland zählt trotz seiner viel größeren Bevölkerungszahl nur gut die Hälfte der in Großbritannien organisierten Konsumenten (1,3 Million), wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß wir nur die Mitgliederzahl von kaum zwei Dritteln der deutschen Konsumvereine kennen. Immerhin dürften die von der Statistik nicht erfaßten deutschen Konsumvereine meist zu den kleinen gehören. Frankreich wiederum weist nur etwa die Hälfte der organisierten Konsumenten, die für Deutschland festgestellt werden konnten, auf (700 000), und zwar obwohl hier von fast sämtlichen Vereinen Angaben über die Mitgliederzahl vorliegen und viele Vereine, nicht nur die Anteilseiner, sondern auch ihre Kunden als Mitglieder angegeben haben. Von den übrigen vier kleineren Ländern überragt Belgien mit 250 000 sowohl die Schweiz als auch Dänemark und Schweden. Ob freilich nun die belgischen Vereine nicht auch, wie die französischen, ihre Kunden den Mitgliedern zugezählt haben, erscheint mindestens ungewiß.

Was nun die Umsätze anlangt, so ist das Uebergewicht Großbritanniens (1406 Millionen Mark) gegenüber den andern Ländern noch viel ausgesprochener als bei der Mitgliederzahl. Die britischen Konsumvereine setzen ungefähr viermal so viel um als die deutschen (357 Millionen Mark) und siebenmal mehr als die französischen. Unter den vier kleineren Ländern nimmt jedoch die Schweiz hinsichtlich des Umsatzes die erste Stelle, Schweden die letzte ein.

Das »Internationale Genossenschafts-Bulletin« berechnet dann interessante Durchschnittszahlen. Daraus geht hervor, daß in Großbritannien die Vereine genau die größte Mitgliederzahl (1776 im Durchschnitt) haben. In weitem Abstände davon folgt Deutschland mit 950, hierauf die Schweiz, dann Belgien, Frankreich, Schweden und Dänemark. Auch im Umsatz behauptet Großbritannien entschieden den ersten Rang. Seine Vereine setzen durchschnittlich nahezu eine Million Mark um. Im zweiten Range stehen die deutschen und schweizerischen Konsumvereine mit Durchschnittssätzen, die eine Viertelmillion Mark etwas übersteigen resp. um ein wenig darunter bleiben. Belgien folgt mit einem Durchschnittsumsatz von nahezu 150 000 Mark per Verein, während Frankreich, Schweden und Dänemark unter dem Durchschnittsumsatz von 100 000 Mk. bleiben. Sogar die schwedischen Konsumvereine stehen um ein wenig noch über Frankreich, während die kleinsten Umsätze in Dänemark zu finden sind.

Der Reihenfolge der Konsumvereinerländer hinsichtlich des Durchschnittsumsatzes entspricht jedoch keineswegs in allen Teilen die des Durchschnittskonsums per Mitglied. Zwar steht auch hier wieder Großbritannien mit 569 70 Mk. Durchschnittsumsatz per Mitglied erheblich voran. Schweden folgt aber schon mit 460 30 Mk. und Dänemark mit 404 20 Mk. Wir möchten es allerdings dahingestellt sein lassen, ob in Schweden wirklich der Durchschnittskonsum per Mitglied höher als in Dänemark ist. Die angegebenen Ziffern erklären sich vermutlich daraus, daß unter den 305 schwedischen Vereinen, die Angaben über ihre Umsätze gemacht haben, die kleinen fehlen und ferner, daß in Schweden bisher in großem Umfang auch an Nichtmitglieder Waren abgegeben wurden. Aber auch noch unter Berücksichtigung dieser Verhältnisse ist es bemerkenswert, daß die schwedischen und dänischen Konsumvereine in dieser Hinsicht die Schweiz überragen, wo per Mitglied nur ein Durchschnittsumsatz von 347,80 Mk. berechnet werden konnte. In Frankreich und Deutschland ist der Durchschnittskonsum der Mitglieder gleich groß (267 Mk.), wobei allerdings wieder zu berücksichtigen ist, daß der Verkauf an Nichtmitglieder in Frankreich eine große Rolle spielt, in Deutschland dagegen, schon infolge des gesetzlichen Verbots, nicht existiert. Am wenigsten intensiv beteiligen sich die belgischen organisierten Konsumenten an genossenschaftlichen Bezügen von ihren Vereinen, zumal angenommen werden muß, daß er auch durch die Bezüge von Nichtmitgliedern noch erhöht wird.

Das Gewerbe.

III. Das Verlagssystem.

Die Handelsbeziehungen, die sich auf den Messen und Märkten abwickelten, hatten zur Folge, daß ein größerer Kundenkreis, der regelmäßiger Waren brauchte als wie es im städtischen Handwerk der Fall war, entstand. War letzteres technisch und wirtschaftlich gar nicht in der Lage, Produkte für den Massenbedarf herzustellen, so trug die verköchernte Zunftverfassung das übrige dazu bei, um

ein Vorwärtsschreiten des Gewerbes unmöglich zu machen. Alles das führte dahin, daß eine neue Betriebsart sich entwickelte: das Verlagssystem.

Verlag bedeutet soviel wie Vorschuß. Bestizende geben dem Arbeiter eine Geldsumme, die Vorlage, damit er auf Vorrat für den Verleger arbeiten kann. Auch lieferte der Betreffende die Rohstoffe, gab die Muster an; an der Herstellung des Produktes war der Verleger nicht beteiligt, seine Tätigkeit bestand ausschließlich darin, das fertige Produkt zu vertreiben, den Absatz zu organisieren. Die Verleger gingen aus alteingesessenen patrizischen Kaufmannsgeschlechtern hervor, wie bereits im 16. Jahrhundert die Fugger, Welser und Imhoffe, teils waren es auch kapitalkräftige Landwirte und städtische Handwerksmeister. Sie beschäftigten eine große Zahl von Leuten, diese arbeiteten aber nicht in einer Betriebsstätte des Verlegers, sondern in ihrer eigenen Werkstätte, in ihren eigenen Wohnungen. Die Arbeiter benutzten auch noch ihre eigenen Werkzeuge, wie Webstuhl, Spinnrad usw., doch ihr wirtschaftliche Selbständigkeit verloren sie, sie waren Abhängige des Kapitals, also Lohnarbeiter geworden.

Das Verlagssystem entstand hauptsächlich dort, wo die Zunftverfassung schon tüchtig zerbröckelt war oder die Handwerker nicht die Kraft und Macht hatten, eine regelrechte Zunft zu bilden, wie die Nadler, die Messer- und Scherenschmiede, die Strumpfwirker, die Knopf- und Bürstenmacher. Dann waren es Produkte, die gleich mit ihrer Entstehung im Verlag hergestellt wurden, z. B. Bohrer, Meißel, Schlösser oder Pantoffeln, Zeugschuhe, Stöcke, Pfeifen und Knöpfe. — Die kapitalistischen Verleger pflanzten ihre Betriebe auch in die ländlichen Gebiete. Hier bestanden nicht die hemmenden Zunftgesetze; hier gab es aber auch zahlreiche billige Arbeitskräfte. Das kleine Stück Land, welches die Bauern bewirtschafteten, brachte kaum die notwendigen Mittel zum Unterhalt und gern waren die Bauern bereit, die Wintertage mit Nebenarbeit auszufüllen. Aber dieser Nebenwerb wurde schließlich ganz zur Berufsarbeit. Die Bauern wurden Hausindustrielle, Abhängige der Kaufleute. So entstanden zahlreiche Industrien, wie die Leinenindustrie in Schlesien, die in 28 Orten betrieben wurde, und im Vogtland, wo 1783 die Zahl von 12 000 Webern zu verzeichnen war. Die billigen bäuerlichen Arbeitskräfte veranlaßten auch das Kapital, die Abhänge der deutschen Gebirge, des Riesens-, Erz- und Fichtelgebirges, des Thüringerwaldes, der Rhön, des Taunus, des Schwarzwaldes und der Bayerischen Alpen der Ausbeutung zu erschließen. Ein sehr bereichendes Beispiel, wie die Hausindustrie betrieben wurde, schildert uns ein Zeitgenosse in dem Göttingischen Magazin der Wissenschaft:

»Alles stricket hier, was nur Hände hat, Bauern und Bäuerin, Knecht und Magd vom 5 Jahre des Alters an bis ins Grab. So wie die Arbeiten, die den Acker betreffen, freie Muse geben, sitzt alles beim Feuer oder im Schatten von Stricken. In den Bauernschaften versammeln sich im Winter die Stricker zu 20 und 30 in einer Stube, um bei der Wärme in einem Ofen und beim Schein einer Traillampe so wohlfeil als möglich zu arbeiten bis 11 und 12 Uhr nachts hinein. Sie stricken 60 Paar Kinderstrümpfe, wenn ein Kaufmann die Wolle dazu hergibt, für einen Taler und spinnen dabei die Wolle.« Diese Strümpfe wurden zum großen Teil »wareneise« nach Holland geschickt.

Der Verleger hatte seinen Wohnsitz in dem Hauptorte der Hausindustrie. Da nun die Arbeiter zerstreut, oft weit voneinander wohnten, wurden Leute notwendig, welche die Rohstoffe ausgaben, die Produkte kontrollierten und sie entgegen nahmen, die mit einem Wort die Vermittlung zwischen den Hausindustriellen und dem Kaufmann übernahmen; es waren die Meister, Faktoren, Fergen, Klein- und Großhändler. Bevor das Produkt in die Hände des Verbrauchers kam, mußte es also erst durch eine Reihe von Händen gehen, die nicht an der Herstellung beteiligt waren, aber alle gewinnen wollten. Das Produkt war jetzt Ware geworden und die kapitalistische Warenzirkulation im Anfangsstadium warf nun ihre düsteren Schatten voraus.

Den Vorteil des wirtschaftlichen Fortschrittes heimten natürlich die Verleger ein; sie brauchten vor allen Dingen ein geringes Betriebskapital, denn Arbeitsraum und Werkzeuge hatten sie nicht zu beschaffen; das hatten ja die Bauern als ihr Eigen. Die Verleger ließen ganz gewaltige Mengen — insbesondere waren es Produkte der Textilindustrie — anfertigen. Etwa um 1805 schätzte man die Zahl der schlesischen Weberfamilien auf 30 000; die Zahl der Spinner betrug sogar 50 000. Der Wert der jährlichen Ausfuhr in das Ausland betriffte sich auf 5 bis 6 Millionen Taler und im Aachener Bezirk betrug 1806 der Wert der Wollwaren 9 Millionen Franks. Auch erfuhr die Hausindustrie eine kräftige Unterstützung durch die Staatsgewalt. Der Klassen Gegensatz zwischen dem kapitalistischen Kaufmann und den abhängigen Webern löste oft scharfe und erbitterte Kämpfe aus. Hier griff nun die Regierung verschiedentlich ein und versuchte das Ausbeutungsverhältnis zu mildern. Sie erließ Statuten und Reglements für Hausindustrielle; ferner errichtete sie Schaulämper, um schlechte Arbeit unmöglich zu machen, ja sie bedrohte die Weber, die Pfluscharbeit leisteten, mit Halseisen, Stockprügeln und Zuchthaus.

Wesentlich anders lagen die Verhältnisse der Heimarbeiter; sie befanden sich in vollster Abhängig-

keit vom Kaufmann. Er diktierte den Webern einfach die Stücklöhne, er setzte sie willkürlich herab; konnte er doch den einen Arbeiter, der schließlich durch Not gezwungen wurde, billiger zu arbeiten, gegen den anderen ausspielen. Da wurde es für die Hausindustriellen zur harten Notwendigkeit, die Frau und die Kinder mit in das drückende Joch des Kapitals zu spannen. Doch auch damit war es nicht möglich, einen halbwegs ausreichenden Lohn zu erwerben. Die tägliche Arbeitszeit mußte in dem Maße, wie der Lohn sank, heraufgeschraubt werden, bis sie schließlich eine natürliche Grenze fand an der vollständigen Erschöpfung des Arbeiters. Eine unausbleibliche Folge dieses unmenschlichen Systems war, daß Krankheiten, Siechtum und frühzeitiger Tod in eben dem Maße zunahm, wie die Hausindustrie sich entfaltete. Die soziale Hoffnungslosigkeit wurde aber besiegelt mit dem Aufkommen der Maschine. Wieder war es die Textilindustrie, wo sie ein großes Feld fand, wo sie als Konkurrentin des Arbeiters auftrat und menschliche Arbeitskräfte durch billiges mechanisches Arbeiten überflüssig machte. Diese kapitalistische Anwendung der Maschine erzeugte ein riesenhaftes Elend, dem ganze Generationen zum Opfer fielen.

In den vierziger Jahren brachte man die Spinnmaschine in Anwendung; damit war es möglich, das Gespinnst hesser und vor allem billiger herzustellen. 500 mal mehr als ein Handspinner konnte ein Maschinenspinner in derselben Zeit fertigstellen. Die Arbeitslosigkeit nahm daher einen kolossalen Umfang an; in Schlesien schätzte man die notleidenden Arbeiter auf 120 000, wobei die Kinder nicht mit eingerechnet waren. Und A. Thun berichtet uns, daß in Kretfeld von 8000 Webstühlen 3000 stillgesetzt wurden, wodurch direkt 4500 Personen und indirekt 12 000 außer Brot kamen. Der Verdienst der Spinner war im Bielefelder Bezirk für einen guten Feinspinner täglich 2 Silberroschen und für einen Spinner zweiter Klasse nur 7 Pfennig. Und alle diese Proletarier waren vollständig machtlos, sie hatten keinerlei Interessengemeinschaften, keine Organisationen, während die Regierung ihnen Steine statt Brot gab, ihnen nicht die geringste gesetzgeberische Maßnahme zugute kommen ließ. Sie empfahl den kranken schwächlichen Webern das schwere Arbeiten an Straßen und Eisenbahnen, oder als letztes Mittel die Auswanderung. Wohl hatten die Hausindustriellen den ganzen Jammer der kapitalistischen Ausbeutung zu spüren, aber das Klassenbewußtsein, das den niederen Arbeiter auszeichnet, fehlte ihnen und mußte ihnen fehlen. Was sie unternahmen, waren Ausbrüche der Verzweiflung, die von vornherein aussichtslos blieben.

In den schlesischen Weberdörfern Langenbielau und Peterswaldau fanden 1844 die größten Hungeraufstände statt. Hier waren es insbesondere die reichen Gebrüder Zwanziger, die durch brutale Ausbeutung und hochmütige Behandlung die Weber zum Äußersten getrieben hatten. Für achtstündiges angestrengtes Arbeiten zahlten sie 12 und 12½ Silberroschen. Aber dieses Auspressen genügte ihnen nicht; sie erklärten, noch 300 Weber mehr beschäftigen zu wollen, wenn diese für 10 Sgr. daselbe Quantum Arbeit leisten. Als die Weber erklärten, daß sie dann nicht einmal mehr im Stande seien, Kartoffeln zu bauen, erwiderte man ihnen höhnisch, die Weber mögen, wenn sie nichts anderes hätten, Gras fressen. Unter dem Absingen eines Liedes, in dessen Strophen all das Elend sich herzerreißend widerspiegelte: zogen die Ausgebeuteten vor das Haus der Zwanziger. Sie wurden weggejagt. Am Nachmittag roteten sie sich von neuem zusammen und zogen wieder vor das Wohnhaus des Peinigers. Als ihre Forderung nach höherem Lohn und einem Geschenk zynisch abgeschlagen wurde, stürmte die Masse das Haus, zerschlug die kostbare Möbel und Geräte und zerriss und zerstückte die zahlreichen Vorräte und Waren, damit die Zwanziger auch wüßten, wie wehe Hunger tut. Am nächsten Tage zog die Masse nach Langenbielau zu den Gebrüthern Diering, die man gleichfalls strafen wollte. Diese wußten aber die aufgeregten Weber durch das Versprechen eines geringen Almosen zu beschwichtigen, während eine Abteilung von Soldaten schon heranrückte. Eine Salve krachte, 11 Tote und 24 tödlich Verwundete lagen auf dem Boden. Am anderen Tage kam noch mehr Militär und so wurde der Aufstand unterdrückt. Furchtbare Strafen wurden verhängt und der Hunger und das graue Elend der Weber dauerten fort.

Zum Frauentage.

Die alljährlich erscheinenden Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten sowie die sonstigen amtlichen Veröffentlichungen über den Stand der Arbeiterschutzgesetzgebung in Deutschland zeigen mit zwingender Deutlichkeit, daß auch dieser Zweig der Sozialgesetzgebung nicht entfernt den Anforderungen entspricht, die an einen wirksamen Arbeiterschutz gestellt werden müssen. Die Unternehmer stehen der Einführung eines ausreichenden Arbeiterschutzes ablehnend gegenüber und begründen ihre Haltung mit dem Hinweis auf die große Belastung der Industrie durch die Sozialgesetzgebung, die die deutsche Industrie gegenüber der des Auslandes nicht konkurrenzfähig bleiben ließe.

Trotzdem muß die Arbeiterschaft darauf bestehen, daß Einrichtungen geschaffen werden, die sie vor gesundheitlichen Schäden bewahrt, denen sie im

Arbeitsprozeß ausgesetzt ist. Eine Industrie, die nur konkurrenzfähig ist auf Kosten der Gesundheit der Beschäftigten, hätte keine Existenzberechtigung und wäre nicht wert, aufrechterhalten zu werden. Im übrigen entbehren die Behauptungen der Unternehmer j-der Begründung.

Ein ausreichender Arbeiterschutz und dazu gehören unter anderem geregelte Arbeitszeit, gesunde Arbeitsräume, Schutzvorrichtungen an den Maschinen, Würde den Gesundheitszustand der Arbeiter und Arbeiterinnen und damit zugleich deren Leistungsfähigkeit nicht unbedeutend heben. Dies läge auch durchaus im Interesse des Unternehmertums und der Industrie. Eine körperlich gut entwickelte Arbeiterschaft wird sich aber auch geistig auf eine höhere Stufe stellen können und dann leichter instand sein, die drückende Lage, in der die arbeitende Bevölkerung lebt und die Gründe hierfür zu erkennen, als dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Fall ist. Diese Entwicklung fürchten die Unternehmer. Noch heute ist weiten Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht bekannt, daß die Ursache des Sträubens des Unternehmertums nicht die Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber der des Auslandes ist, sondern das Streben, die Betriebskosten möglichst niedrig zu halten, um recht hohe Verdienste zu erzielen. Nur aus diesem Grunde streben auch die bis jetzt vorhandenen durchaus unzureichenden Arbeiterschutzvorschriften bis heute noch sehr häufig bloß auf dem Papier. Sonst wäre es z. B. nicht möglich, daß durchschnittlich in Deutschland 400000 Unfälle im Jahre gemeldet werden müssen, von denen über 7000 tödlich verlaufen.

Die behördlicherseits eingesetzte Gewerbeaufsicht ist nicht instand, die Betriebe daraufhin zu kontrollieren, ob die Einrichtungen den behördlichen Anordnungen entsprechen, da einmal die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten hierzu nicht ausreicht, auch die Art der Kontrolle nicht geeignet ist, die vorhandenen Ungesetzlichkeiten erkennen zu lassen. Bis zum Schluß des Jahres 1909 hatten wir in Deutschland nur 484 Gewerbeaufsichtsbeamte für 264431 revisionspflichtige Betriebe. Es ist deshalb erklärlich, daß immer nur etwas mehr als die Hälfte dieser Betriebe kontrolliert werden konnten. Um die vorhandenen Schäden und Ungesetzlichkeiten zu erkennen, müßten auch Leute aus Arbeiterkreisen zu den Kontrollen herangezogen werden. Aber alle Forderungen, die Gewerbeaufsicht nach dieser Richtung zu ergänzen, die Zahl der Beamten zu vermehren, um eine wirksame Kontrolle zu ermöglichen, waren bisher vergeblich, ebenso das Verlangen, weibliche Beamte in größerer Zahl heranzuziehen. Bis jetzt sind erst 29 Frauen in der Gewerbeaufsicht tätig. Bei der großen Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen ist aber die Heranziehung weiblicher Kräfte namentlich in Rücksicht auf die Durchführung des sanitären Arbeiterschutzes eine dringende Notwendigkeit.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben ein Recht, zu verlangen, daß sie geschützt werden gegen die Gefahren, die ihnen bei der Arbeit erwachsen. Ja sie sind aus Gründen der Selbsterhaltung hierzu sogar verpflichtet. Die Schädigungen der Erwerbsverhältnisse bedeuten für sie Einbuße ihrer Arbeitsfähigkeit und deshalb Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Hiergegen anzukämpfen liegt im Interesse jedes Einzelnen sowie der Gesamtheit, auch derjenigen, die nicht direkt erwerbstätig sind, wie z. B. eine Anzahl Arbeiterfrauen. Die Schädigung des einzelnen Familienmitgliedes wirkt auf die Verhältnisse auch der andern zurück, ebenso wie der Vorteil des Einzelnen in der Regel allen Familienmitgliedern zugute kommt.

Weil aber die Schaffung eines ausreichenden Arbeiterschutzes für die Unternehmer die Gefahr auf Rückgang ihres Profits bedeutet, werden diese freiwillig niemals einen solchen einführen. Der Einfluß des vereinigten Unternehmertums auf die Regierung und die Parteien, die heute noch in den Parlamenten die Mehrheit haben, ist aber so groß, daß die Arbeiterschaft nicht darauf rechnen kann, in absehbarer Zeit einen ausreichenden gesetzlichen Arbeiterschutz zu erhalten. Die Forderungen der Arbeiterschaft ließen sich aber ohne Schaden für die Industrie heute schon erfüllen. Berücksichtigung werden sie aber trotzdem erst dann finden, wenn die Gesetzgebung anhört, eine Interessenvertretung eines verhältnismäßig kleinen Teils der Bevölkerung zu sein.

Die männliche Bevölkerung kann hierzu beitragen, da ihr das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften zusteht. Dies Recht nun auch den erwachsenen Mädchen und den Frauen zu erteilen, ist Aufgabe des für den 19. März d. J. festgesetzten Frauentages.

Die Versammlungen, die an diesem Tage stattfinden, müssen durch den Massenbesuch aus den Reihen der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen zeigen, daß diese die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts erkannt haben und gewillt sind, für die Erringung dieses Rechts energisch einzutreten. Das politische Wahlrecht ist eine bedeutende Waffe im Kampfe für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Die politische Gleichberechtigung würde der besitzlosen weiblichen Bevölkerung die Möglichkeit geben, diesen bisher von der männlichen Bevölkerung allein geführten Kampf zu unter-

stützen und auf diese Weise schneller zu erreichen, daß neben andern auch die in bezug auf Arbeiterschutz gestellten Forderungen Beachtung finden.

Ein Gedenktag für die deutsche Demokratie.

Zum 40. Geburtstag des deutschen Reichstages.

In diesen Tagen feiert unser Reichsparlament seinen 40. Geburtstag. Am 21. März 1871 trat der deutsche Reichstag, das Parlament des in jahrzehntelangen schweren Kämpfen zurzeitgeimmerten deutschen Einheitsstaates, zum ersten Male zusammen. Der 21. März ist daher in der deutschen Geschichte ein denkwürdiger Tag, kam doch mit diesem Zeitpunkt gleichsam die Geschichtsperiode der Reichsentscheidung zum Abschluß. Die Volkklassen, die am Zustandekommen des deutschen Reiches beteiligt waren und deren Angehörige vor vier Jahrzehnten für die deutsche Einheitsidee gefochten hatten, müssen deshalb an diesem Jubiläum ein lebhaftes Interesse haben. Ist doch der Reichstag das beste Erbe, das uns aus der Zeit der Einheitsbestrebungen verblieben ist. Er stellt ein wirklich demokratisches Stück im neuen Reichsgebäude dar und bildete die Krone dessen, was die Feindkämpfer des 19. Jahrhunderts dem Absolutismus abgerungen hatten. Für einen wirklichen Demokraten ist jedenfalls der Geburtstag der Volksvertretung ein weit wichtigerer Tag als die Verkündung des Kaisertums, die am 18. Januar 1871 erfolgte.

Die Gründung einer Reichsmonarchie war jedenfalls nicht die treibende Kraft für die deutschen Einheitsbestrebungen. Der leitende Gedanke war in erster Linie die Schaffung eines einheitlichen, freien Deutschlands, eines geschlossenen Staatswesens, das in seiner wirtschaftlichen Entwicklung nicht durch eine ausgeprägte Klimateerei gehemmt würde. Das Ideal, für das das Volk auf den Barrikaden Blut und Leben geopfert hatte, war ein deutsches Reich auf demokratischer Grundlage, wie es die aufstrebende Industrie zu ihrer besseren Entwicklung benötigte. Um diesen Preis war ein jahrzehntelanger, heißer Kampf gegen politische Bevormundung, gegen den Absolutismus geführt worden, bis das zerrissene Deutschland endlich die Gestalt angenommen hatte, die es noch heute zeigt.

Betrachtet man sich das deutsche Reich etwas näher, so muß man ohne weiteres erkennen, daß dieses Staatswesen noch lange nicht das ersehnte Ideal der deutschen Einheitskämpfer des 19. Jahrhunderts verkörpert. Von den erlangten Erfolgen aber ist zweifellos der Reichstag der vornehmste Teil, denn im Reichstage ist dem Volke Gelegenheit gegeben, über seine Geschichte mitzubestimmen.

Die Arbeiterklasse hat nun ein besonderes Interesse an diesem Reichstagsjubiläum, nicht allein deshalb, weil sie schon in der Einheitsbewegung des 19. Jahrhunderts eine treibende Kraft darstellte, sondern auch vor allem als die einzige gegenwärtige Volksschicht, die entschieden für wirkliche Demokratie eintritt.

Wie es nun üblich ist, anlässlich von Jubiläen an verflossenen Zeiten zu denken, so wollen auch wir einen kurzen Blick zurückwerfen auf die Zeit, in der das Reichsgebäude fertiggestellt wurde. Nachdem am 18. Januar 1871 das Kaiserreich proklamiert worden war, wurden die Wahlen für den ersten allgemeinen deutschen Reichstag auf den 3. März festgesetzt. Man muß die Geschichte kennen, um beurteilen zu können, unter welchen Verhältnissen diese Wahlen stattfanden. Am 26. Februar, also nur 6 Tage vorher, war der Präliminarfriede von Versailles geschlossen worden. Nach diesem hatte Frankreich an Deutschland 5 Milliarden Franks zu zahlen und Elsaß-Lothringen abzutreten. Dieser Friede war für die deutsche Eroberungslustige Reaktion ein vollständiger Sieg. Mit diesem Frieden war ihr eine Wahparole gegeben, wie sie sich die Regierung nicht besser wünschen konnte. Für die Sozialdemokratie aber war der Wahltermin der denkbar schlechteste Zeitpunkt. War sie doch die einzige Partei gewesen, die der Weiterführung des Krieges zum Zwecke der Annexion Elsaß-Lothringens widerstanden hatte. Zudem hatte sie unter dem Krigen am meisten gelitten und ein großer Teil ihrer Mitglieder stand noch unter den Fahnen. Es war unter diesen Umständen von vornherein klar, daß die Sozialdemokratie bei dieser Wahl schlecht abschneiden werde. Dies hat auch Bismarck genau gewußt. Trotzdem wurden am Wahltag 101927 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, unter solchen mißlichen Verhältnissen gewiß eine stattliche Zahl. Allerdings wurden nur 2 Mandate erobert, und zwar siegte Bebel in Glauchau-Merane und Schrapf in Zwickau-Crimmitschau. Die Nationalliberalen zogen mit 120 Mandaten als stärkste Partei in den ersten Reichstag ein. Einestills als die Träger der Einheitsbewegung betrachtet, waren sie andernteils der Regierung un gefährliche Opponenten, mit denen Bismarck die liberalen Regungen, die im Volke zum Ausdruck kamen, zu beruhigen gedachte.

Am 21. März eröffnete der erst wenige Wochen vorher als Kaiser eingesetzte Preußenkönig Wilhelm den Reichstag mit den Worten: »Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter erstrebt wurde.« Derselbe Mann, der im Jahre 1848 als

entschiedenster Vertreter des Absolutismus aus Berlin flüchten mußte, konnte im März 1871 als deutscher Kaiser solche Worte an die Mitglieder des ersten Reichstages richten! Die Geschichte zeigt uns aber, daß das Reichsgebäude nicht von einigen Kraftmenschen geschaffen wurde, sondern daß die Reichsgründung einzig und allein einer wirtschaftlichen Notwendigkeit entsprach, der das Volk durch seinen uneinmütlichen Kampf für Fortschritt und Freiheit gerecht geworden ist. Darauf hinzuwirken, daß die deutsche Volksvertretung diesen gesunden Willen des Volkes in Zukunft noch mehr als bisher zur Geltung bringe, soll unser aller Aufgabe sein. Das wollen wir uns am 40. Geburtstag des deutschen Reichstages geloben. Zur Verwirklichung dieses Vorhabens wird uns bei den kommenden Reichstagswahlen Gelegenheit gegeben sein. A. G.

Aus der Reichsversicherungs-Kommission.

IX. (Neue Folge.)

Die bürgerlichen Parteien haben in der Tat den Arbeitern die letzten Reste der Selbstverwaltung in ihren Ortskrankenkassen entzogen. Die sozialdemokratischen Vertreter bemühten sich allerdings, die Rechte der Arbeiter zu verteidigen. Dabei kam es zu einer Debatte über die angebliche Herrschaft der Sozialdemokraten in den Ortskrankenkassen. Tatsache ist es ja, daß in einer ganzen Reihe von Ortskrankenkassen die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter den maßgebenden Einfluß besaßen. Auch ist in diesen Kassen ein Teil der Beamten durch solche Personen gebildet worden, die sich nicht nur durch die nötigen Fähigkeiten für das zu bekleidende Amt auszeichneten, sondern auch in der Arbeiterbewegung als zuverlässige Leute bewährt haben. Dies ist aber kein Beweis dafür, daß die Sozialdemokraten mit ihrem Selbstverwaltungsrecht in den Ortskrankenkassen einen Mißbrauch getrieben haben, denn es ist nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht, tüchtige Leute in der Kassenverwaltung auch dann zu verwenden, wenn sie Sozialdemokraten sind. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind eben nicht minderen Rechts als die andern Menschen. Ja, selbst wenn nichtsozialdemokratische Beamte von sozialdemokratischen Kassenvorständen gemäßregelt worden wären, so würde dieses zwar nicht richtig sein, trotzdem hätten die bürgerlichen Parteien aber ganz und gar keine Berechtigung, sich über den Terrorismus der Sozialdemokraten zu entrüsten. Die bürgerlichen Parteien maßregeln nur zu oft sozialdemokratische Arbeiter. In den Staatsbetrieben werden sozialdemokratische Beamte nicht geduldet, und selbst in Körperschaften wie den Berufsgenossenschaften ist es so gut wie ausgeschlossen, daß Sozialdemokraten als Beamte angestellt oder in ihrer Stellung belassen werden. Wenn nun die Sozialdemokraten den Spieß umdrehen und nichtsozialdemokratische Beamte maßregeln, so würden sie damit nur dem Beispiel der bürgerlichen Parteien folgen. Die Sozialdemokraten verurteilen aber derartige Maßregelungen, von welcher Seite sie auch immer kommen. Demgemäß haben von Anfang an die sozialdemokratischen Abgeordneten, wie bereits berichtet worden ist, für solche Maßnahmen gestimmt, durch die eine Maßregelung von Beamten wegen ihrer Gesinnung unmöglich gemacht werden könnte. Mithin handelte es sich gar nicht um Bestrebungen gegen den angeblichen Mißbrauch des Selbstverwaltungsrechtes, vielmehr kam es den bürgerlichen Parteien einzig und allein darauf an, die Gleichberechtigung der Arbeiter zu beseitigen. Sie sollen eben nach der Auffassung der bürgerlichen Parteien in keinen derartigen Körperschaften dieselben Rechte haben wie die Unternehmer. Die Unternehmer verwalten die Berufsgenossenschaft ohne jede Mitwirkung der Arbeiter; dagegen erklärten es die Abgeordneten des Zentrums, die Fortschrittler, die Konservativen und Nationalliberalen als einen unerträglichen Mißstand, daß in den Ortskrankenkassen die Arbeiter mehr Rechte haben als die Unternehmer. Und um diesen unerträglichen Zustand zu beseitigen, einzig und allein aus diesem Grunde haben die bürgerlichen Parteien die Arbeiter entrechtet, haben sie ihnen das Recht genommen, nach ihrem Ermessen den Vorstand zu bestimmen, die Beamten anzustellen und das Statut zu regeln. Dies ist der beste Beweis, in welcher rücksichtslosen Weise die bürgerlichen Parteien die Arbeiter unterdrücken. In den nächsten Wochen muß es darauf ankommen, alle Arbeiter zu einem Kampf gegen diese Vergewaltigung aufzurufen. Hoffentlich werden auch die Leser unseres Blattes bei dieser Gelegenheit ihre Pflicht und Schuldigkeit tun und sich an dem Protest gegen die Beschlüsse der Reichsversicherungskommission mit allem Nachdruck beteiligen.

Nachdem die bürgerlichen Parteien die Entrechtung der Arbeiter zustande gebracht haben, legen sie offenbar auf die weiteren Bestimmungen des Gesetzes wenig Wert. Das zeigte sich in deutlichster Weise in der Arztfrage. Bekanntlich ist es zu schweren Kämpfen zwischen den Ortskrankenkassen und den Aerzteschaften gekommen. Die Aerzte verlangen, daß in allen Krankenkassen jeder Arzt zur Behandlung der Patienten zugelassen werden müsse, der sich dazu bereit erkläre; dies nennen sie freie Arztwahl. Auch die Arbeiter sind von

leher für dieses System eingetreten. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß es unter gewissen Umständen notwendig ist, die Zahl der Aerzte zu beschränken. Deshalb forderten die Arbeiter, daß die Organisation des ärztlichen Dienstes in den Krankenkassen je nach den besonderen Verhältnissen der Kassen geregelt werde. Die Aerzteinträge bestreben sich aber, die Kassen zu der Einführung der freien Arztwahl selbst in solchen Fällen zu zwingen, in denen sie nach der Ansicht der Kassenmitglieder nicht zweckmäßig ist. Die Aerzteinträge erklärten darauf den Streik gegen die Krankenkassen. Hierbei konnten sie einen sehr starken Druck auf die Aerzte dadurch ausüben, daß sie sich von jedem einzelnen Arzt sogenannte Reverse ausstellen ließen, nach denen der Arzt sich unter Eidenwort und unter Festsetzung einer hohen Konventionalstrafe verpflichtet, nur dann einen Vertrag mit einer Krankenkasse abzuschließen, wenn dies der Vertragsausschuß der Aerzteinträge genehmigt. Die Krankenkassen verlangten, daß die Aerzteinträge in Zukunft nicht mehr das Vorrecht haben sollten, diejenigen Aerzte, die gegen den Willen der Aerzteinträge einen Vertrag in einer Ortskrankenkasse abschließen, wegen Bruchs ihres Ehrenwortes vor das staatliche Ehrengericht zu schleppen oder zur Zahlung der Konventionalstrafe verurteilt zu lassen. Zunächst neigten die bürgerlichen Parteien dazu, diesem Antrage der Ortskrankenkassen Rechnung zu tragen. Hiergegen erhoben aber die Aerzteinträge Einspruch und verlangten das Recht, gegen ihre Streikbrecher nicht nur mit der eigenen Kraft der Koalition, sondern auch mit staatlichen Zwangsmitteln vorgehen zu dürfen. Die Sozialdemokraten wiesen gegenüber dieser Forderung darauf hin, wie sehr das Koalitionsrecht der Arbeiter eingeschränkt sei. Der Gegensatz zwischen dem Koalitionsrecht der Arbeiter und den Rechten, die die Aerzteinträge für sich in Anspruch nehmen, ist bezeichnend. Bis zum letzten Augenblick schien es, daß die Mehrheitsparteien in sehr scharfen Maßnahmen den Aerzteinträgen entgegenzutreten würden. Nachdem aber die Entrenchung der Arbeiter beschlossen war, fielen die bürgerlichen Parteien plötzlich um. Sie erklärten, daß bei dieser Gelegenheit das Verhältnis der Aerzte zu den Ortskrankenkassen unmöglich geregelt werden könne. Deshalb begnügten sie sich damit, den Krankenkassen das Recht zu geben, die ärztliche Hilfeleistung durch eine Geldzahlung abzulösen, falls es ihnen nicht möglich ist, unter billigen Bedingungen die nötige Zahl von Aerzten zu erlangen. Diese Bestimmung ist aber ganz ungenügend und kann eine schwere Schädigung der Kassenmitglieder zur Folge haben. Wenn die Aerzte sich weigern, Kassenmitglieder zu behandeln, so können sie das ja auch nach der Ablösung tun und dann wird es den Kassenpatienten ebenso unmöglich sein, auch für Bezahlung den Arzt zu finden. Aber selbst wenn dieser äußerste Fall nicht eintreten würde, das Kassenmitglied sich also von seinem Arzt weiter behandeln lassen könnte, dann würde das Geld, durch das sich die Kasse von der Verpflichtung, einen Arzt zu stellen, befreit hat, oft genug nicht zur Bezahlung des Arztes ausreichen. Jedenfalls könnten einen solchen Zustand die Aerzteinträge viel länger aushalten als die einzelnen Kassen oder der kranke Patient, so daß der Sieg der Aerzteinträge schließlich nicht ausbleiben könnte. Die Sozialdemokraten wandten sich daher gegen diese Lösung der Arztfrage. Sie forderten, daß die ursprünglichen Vorschläge angenommen werden sollten, wonach dann, wenn eine Verständigung zwischen der Kasse und den Aerzten nicht möglich ist, das Einigungsamt die billigen Grundsätze für die Arztverträge feststellen sollte, und daß es dann keinem Arzt verwehrt werden dürfe, nach diesen Grundsätzen einen Vertrag mit der Kasse auch wirklich abzuschließen. Diese Anträge der Sozialdemokraten wurden jedoch von den bürgerlichen Parteien abgelehnt und die Kassen den staatlichen Gewaltmitteln der Aerzteinträge so gut wie wehrlos ausgeliefert.

c. b.

Adressen-Änderungen.

3. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftsleiter (siehe Graph. Presse Nr. 4, 6 und 9).
Altona-Ottensen, Formst. u. Tapetendr.: Albert Kulow, Hamburg 6, Altonaerstr. 68.
Bietigheim, Württembg.: Ad. Hils, Geisingerstraße 24.
Chemnitz i. Sachs., Lithogr. u. Steindr.: Otto Klostermann, Zöllnerstr. 28 II.
Chemnitz i. Sachs., Chemigr.: E. Müller, Hauldstr. 16.
Coburg: Kasp. Kess, Rodacherstr. 2.
Freiburg i. Schies.: Max Lindner, Graben 5.
Greiz i. Vogtl., Lithogr. u. Steindr.: Max Vogel, vom 1. April ab Güne Linde 56.
Grüschheim b. Darmst.: Ludw. Engel, Bessungerweg 65.
Heidelberg: Wilh. Lutz, vom 1. April ab Hirschstraße 11.
München, Lichtdr.: Fr. Peuckert, Nymphenburgerstr. 24 II.
München, Photogr.: R. Hinterauer, Schmied v. Kochelstr. 9d I.
Niederselz i. Sachs.: O. Telchert, Leuben bei Dresden, Kaiserallee 15.

Nürnberg, Chemigr. u. Lichtdr.: Max Einbock, vom 1. April ab Gabelbergerstr. 6 II.
Rudolstadt i. Th.: K. Stadelmann, Cumbach 12.
Gau XI München: Jos. Bachner, München, Fürsterriederstr. 16a.
Gau XII Nürnberg: Fritz Billmann, Nürnberg, Doktorhof 2 II.
Stuttgart, Chemigr., Photogr. u. Lichtdr.: Hans Renner, Rotestr. 6.

Eingegangene Gelder.

Für das IV. Quartal wurden noch folgende Beiträge an die Hauptidee eingekandt:

Aachen II. Rate 153,58, Aschaffenburg 450,00, Augsburg 100,00, Berlin II. Rate 70 00,00, Bielefeld II. Rate 150,00, Bieleheim 68,00, Bremen 600,00, Chemnitz 1000,00, Crefeld 600,00, Crammshu 500,30, Darmstadt 650,00, Detmold III. Rate 145,25, Duisburg 240,00, Emmerich 100,00, Frankfurt a. O. 400,00, Göttingen 320,00, Gotha 200,00, Gummersbach 50,30, Hamburg 600,00, Hanau 886,00, Hannover II. Rate 700,00, Herford 148,40, Hoxter 130,00, Iserlohn II. Rate 238,80, Leipzig 20154,23, Lüdenscheid 450,00, Maaßburg III. Rate 800,00, Mannheim II. Rate 459,97, Mielin 920,21, München I 3500,00, Neu-Isenburg 157,00, Nürnberg I II. Rate 519,23, Offenbach II. Rate 200,00, Pforzheim 50,00, Reichenbach II. Rate 160,00, Schramberg 188,43, Spandlingen 147,33, Stettin 1290,50, Stolberg 334,50, Stuttgart I 400,00, Stuttgart II II. Rate 700,00, Wiesbaden 189,95, Zeitz 169,55, Zittau 434,48 u. Zwickau 383,73 Mk.

Einige Mitgliedschaften haben weder Geld noch Abrechnung eingekandt; dieselben werden hierdurch nochmals an ihre Pflichten erinnert.

Für das I. Quartal 1911 gingen noch folgende Beiträge ein:

Barmen 460,00, Bautzen II. Rate 600,00, Cassel 200,00, Danzig 300,00, Detmold 150,00, Dortmund 200,00, Dresden 2500,00, Frankfurt a. O. 150,00, Fürth 650,00, Hannover 600,00, Lübeck 400,00, Nürnberg II 800,00, Posen 100,00, Reichenbach 100,00 und Solingen 200,00 Mk.

Berlin, den 11. März 1911. Wilhelm Brall.



Allgemeines.

Zeit für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Unsre Totenliste.

III.

Bei der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und bürgerlichen Gesellschaftsordnung schweigt ein kleiner Teil der Menschheit im Ueberfluß, während die große Masse nicht weiß, was anzufangen ist, wenn immer wiederkehrende Arbeitslosigkeit, lange Krankheit und Siechtum über sie hereinbricht. Wohl lindert die Kasse des Verbandes nach jeder Richtung hin die größte Not. Das aus den Arbeitern herausgeschundene Gut kann jedoch nicht ersetzt werden, denn es liegt inbarer Münze in den Geldschränken der Unternehmer. Mehr denn je gilt heute das Wort Heinrich Heines:

»Ja, das Erbe der Gesamtheit
Wird dem Einzelnen zur Beute
Und von Rechten des Besitzes
Spricht er dann, von Eigentum!«

In einem Wort desselben Dichters ist aber auch die Sehnsucht der Arbeiterschaft nach gesünder und gerechteren Zuständen zum Ausdruck gebracht, und dieses Wort möge von allen beherzigt werden:

»Wir wollen auf Erden glücklich sein
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch
Was fleißige Hände erwarben.«

Wie viel könnte heute in gesundheitlicher Beziehung schon gemildert werden durch Verfügen über eine freie Zeit von nur einer Woche im Jahre, in der der Arbeiter die Sorge um das tägliche Leben abstreifen könnte. Heute schon greifen die Nervenkrankheiten in weite Schichten der Arbeiter hinein und gehören nicht mehr wie sonst zu den Modekrankheiten vornehmer Damen. Wie gut müßte hier eine kleine Pause in dem ewigen Einerlei des Lebens wirken. Jeder einsichtige Unternehmer, der dies eingeführt hat, wird sicher keine schlechten Erfahrungen damit gemacht haben. Die Arbeitsfreudigkeit würde gehoben und der prophylaktische Wert wäre unschätzbar.

Die Arbeit des Lithographen ist heute nicht mehr zu vergleichen mit der vor 15 oder

20 Jahren, wonach das Künstlerische das Ausschlaggebende war. Heute heißt es, so billig und schnell wie nur möglich zu produzieren. Nicht anders verhält es sich bei den Steindruckern. Die Formate wurden immer größer, die Maschinen erhielten größere Geschwindigkeit, das Material wurde statt besser von Jahr zu Jahr schlechter. Selbstverständlich gewöhnt man sich an das alles. Vielleicht ist es auch angenehmer, an einer neuen großen Maschine zu arbeiten, als an einer alten und ausgeleierte mit kleinem Format. Aber die Wirkung auf das Nervensystem bleibt nicht aus. Besonders die Rotationsmaschine wird die an ihr Arbeitenden aufreiben. Zum Schlusse verweist man freilich so mit seinem Beruf, daß die Schädigungen gar nicht so beobachtet werden, bis es eben am eigenen Leibe empfunden wird, und dann ist es gewöhnlich zu spät. Tatsache ist und bleibt es, daß heute schon bei nur einigem guten Willen auch von Seiten der Unternehmer sehr viel gebessert werden könnte.

Nicht unerwähnt soll auch bleiben, wie sich die höchstgestellte Person im Deutschen Reiche die Bekämpfung der Lungenschwindsucht vorstellt. Beim Empfang einer Anzahl Mitglieder des Kongresses zur Bekämpfung der Tuberkulose im Jahre 1899 sind die Worte gefallen: »Seife ist die Hauptsache, nur Seife!« Von allen Rednern des Kongresses wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß vorbeugen wichtiger sei als heilen. Luft, Licht, Diät und Reinlichkeit sind die Hauptfaktoren, diese furchtbare Geißel der Menschheit mit Erfolg zu bekämpfen. Das sind die Ausführungen der Vertreter der Wissenschaft. Luft und Licht bedeuten aber für uns, ins Praktische umgesetzt, Verkürzung der Arbeitszeit, Schaffung von billigen und gesunden Wohnungen, Forderung von Arbeitsräumen, in denen der Mensch sich auch als Mensch fühlt und dergl. mehr. Diät und Reinlichkeit bedeuten Erhöhung des Arbeitslohnes. Diät heißt nicht etwa: Nichts essen!, sondern das Gegenteil: Recht kräftig essen, damit durch weniger Nahrungszuführung der Körper trotzdem allen an ihn gestellten Anforderungen gewachsen ist. Reinlichkeit bedeutet aber mehr als Waschen mit einem Stück Seife. Der gebildete Mensch versteht darunter die ganze Körperpflege überhaupt. Wollten wir allem, was die Aerzte uns anraten, gerecht werden, unser Lohn müßte dreimal so hoch sein. Man sieht auch hier wieder, daß mit Worten nichts getan ist; wer ernstlich etwas bekämpfen will, muß auch die Tat nachfolgen lassen.

Der einzelne Arbeiter kann aber die Verhältnisse nicht bessern. Dies bleibt nach wie vor seinem Zusammenschluß zu einem großen, mächtigen Ganzen vorbehalten. Erst dann können Verbesserungen angestrebt werden. An uns liegt es aber, da wir ja sehen, welche kurze Spanne Zeit der graphische Arbeiter im Durchschnitt zu leben hat, diese Zeit erst recht so auszunützen, wie es der Geist der modernen Arbeiterbewegung verlangt. Nur die systematische Arbeit jedes Einzelnen, der Verlaß auf jeden Einzelnen wird uns das gesteckte Ziel erreichen lassen und dazu beitragen, daß an Stelle der bis ins Mark faulen kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Weltordnung der Humanität und Menschenverbrüderung tritt, bei der es niemand mehr nötig hat, Hand an sich selbst zu legen.

Wollen wir deshalb nicht erlahmen! Dieses schöne und große Ziel muß uns täglich vor Augen schweben. Tagtäglich wollen wir kämpfen, eingedenk der Worte des größten deutschen Dichters Wolfgang Goethe, die er in seinem Lebenswerk »Faust« uns als Testament, gleichsam als Summe seiner Erfahrungen, hinterlassen hat:

»Ja! Diesem Sinne bin ich ganz ergeben,
Das ist der Weisheit letzter Schluß:
Nur der verdient die Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.« H.

Ortsberichte.

Aachen. Beim Streik in der Firma Keppler haben sich bis jetzt zwei Arbeitswillige gefunden. Der eine ist ein Steindruck-Weiß und kommt aus Düsseldorf. Folgender Ausdruck des Firmeninhabers kennzeichnet diese Kraft: »Der Mann druckt weiter nichts als Makulatur und hat mir in 14 Tagen 300 bis 400 Mark Schaden zugefügt«. Der andere ist ein gewisser Conrad Colb und kommt aus Brüssel. Er kam bereits am 20. Februar nach hier als Obermaschinenmeister. Nach Rücksprache und Aufklärung ließ er sich von uns 37,50 Mk. geben und reiste wieder ab. Am 6. März hat sich der saubere Herr der Firma wieder angeboten, die ihn auch einstellte. Den Betrag, den er von uns erhielt, quittierte er mit Jean Conrad, also mit einem falschen Namen. Auf solche Arbeitswillige kann die Firma stolz sein.

Hirschberg i. Schl. Die Auspeirung bei der Firma E. Siegemund ist noch nicht beendet, obwohl sich nur wenige Arbeitswillige gefunden haben. Der Lithograph Joh. Richter von hier ist umgefallen. Der Mann war von Anfang an ein Unsicherer und konnte schließlich den Versuchungen nicht widerstehen. Sogar die Artillerie wurde gegen den Bedauernswerten aufgeföhren. Als Mitglied des Artillerievereins wurde ihm von Letzterem das Streikpfeifen verboten. An unbedingten Gehorsam gewöhnt, mußte er natürlich zu Kreuze kriechen. Als frommer Christ hat er sich kein Gewissen daraus gemacht, sich Mittwochs von der genannten Firma engagieren zu lassen und dann noch die volle Woche Streikunterstützung zu beziehen. Von den stehengebliebenen Lithographen ist der eine schon über 30 Jahre im Geschäft mit dem enormen Lohn von — 13 Mark pro Woche! Auf seine alten Tage mag er sich nicht mehr verändern. Sein jüngerer Kollege verdient schon etwas mehr, — 15 Mark. Neu eingetreten ist ein Oberdrucker, direkt aus Paris importiert, der auf seinen Aufenthalt in der französischen Hauptstadt fürchterlich stolz ist. Ferner ein Steindruck aus dem Nachbarort Voigtsdorf, der vor Jahren Invalidenrente bezog, aber nun wieder so viel Kraft entwickelt, daß er den ganzen Betrieb aufrecht erhält, denn Oberdrucker sind gewöhnlich nicht sehr erbaud vom praktischen Arbeiten. Ein junger Steindruck will aus Gesundheitsrücksichten wieder fort, da ihm das Klima hier zu schroff ist. Das ist Personal der Steindruckabteilung der Firma E. Siegemund in Hirschberg in Schliesien.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Die Chromolithographie.

IV.

Eine Neuerung in der Technik, die sich in der Praxis durchsetzen soll, muß aber nicht nur eine Beschleunigung und Verbilligung der Gütererzeugung ermöglichen, sondern sie muß auch eine Gewähr dafür bieten, daß die Erzeugnisse in ihrer Güte den allgemeinen Anforderungen genügen.

Daß die auf der Gummidruck-Rotationspresse hergestellten Abdrücke in ihrer Qualität tatsächlich die höchsten Ansprüche befriedigen, das haben wir, soweit es das Merkantilfach betrifft, hier schon eingehend erläutert. Die Drucke der Rotationspresse sind denen der gewöhnlichen Schnellpresse nicht nur vollständig gleichwertig, sondern sie haben auch diesen gegenüber noch manche gute Eigenschaft voraus. Das Verfahren des indirekten Druckes, das auf der Gummidruck-Rotationspresse angewendet wird, macht es möglich, daß die Abdrücke selbst auf den härtesten und rauesten Papieren die größte Schärfe und die satteste Tiefe zeigen. Von der *Offset-Press* »Waite«, für die die Firma Friedrich Heim & Co. in Offenbach a. Main die Vertretung hat, werden Abdrücke von der höchsten Vollkommenheit auch auf solchen Papieren geliefert, die wegen ihrer großen Unebenheit oder lederartigen Prägung sonst überhaupt nicht bedruckt werden konnten, auch auf der Buchdruckpresse nicht.

Diese großartige Neuheit in der Drucktechnik, die es uns ermöglicht, die Schnelligkeit des lithographischen Druckganges um das drei- bis sechsfache zu steigern, ohne die Güte der Abdrücke zu beeinträchtigen, muß nach unserer Anschauung der Lithographie einen neuen Aufschwung bringen. Der Lithographie werden voraussichtlich wieder viele Arbeiten zufließen; auch manche von denen, die sie an den Buchdruck wegen seiner großen Billigkeit hat abtreten müssen. Zu dieser Annahme muß man mit Recht kommen; denn auch in Amerika hat sich in der Lithographie durch die Einführung des Rotationsdruckes das Merkantilfach gewaltig ausgedehnt. Die Merkantildrucksachen, besonders die Geschäftsbriefbogen mit den bekannten reizvollen lithographierten Schriften und Ansichten haben seit dieser Zeit dort eine sehr große Verbreitung gefunden.

Wie schon in den Artikeln über die Akzidenz-lithographie gesagt wurde, eröffnet sich durch eine derartige Ausdehnung des Arbeitsfeldes der Lithographie für den Merkantilgraphen wieder die Aussicht, die Verhältnisse in seinem Fache zu bessern und seine Lebenslage zu heben. Und wie sich aus dem weiteren ergeben wird, kommen diese großen Vorzüge der neuen lithographischen Rotationspressen aber auch der *Chromolithographie* in einem sehr weitgehenden Maße zugute. Aus welchem Grunde alles das, was wir dem Merkantilgraphen über die Aufgaben, die ihm durch die zu erwartende Stärkung des wirtschaftlichen Standes seines Berufes erwachsen, offenbart haben, natürlich für den Chromolithographen ebenfalls Geltung hat.

Der Chromolithographie, die in den letzten Jahrzehnten besonders unter der Konkurrenz des Drei- und Vierfarbendruckes sehr zu leiden gehabt hat, wird es durch die Anwendung dieser neuen Rotationspressen ebenfalls möglich werden, viele von den Arbeiten, die ihr von der Konkurrenz entzogen worden sind, wieder an sich zu bringen. Mit dieser Wahrscheinlichkeit ist sehr stark zu rechnen, obwohl von verschiedenen Seiten bestritten wird, daß die Lithographie durch den Uebergang zum Rotationsdruckverfahren dem Buchdruck gegenüber wieder sehr in ihrer Ueberlegenheit gewinnen werde. Der Hinweis, womit man seine gegenteilige Meinung begründet, der Hinweis, daß sich der Buchdruck die Vorzüge der neuen lithographischen Rotationspressen ebenfalls zunutze machen könne, ist ja durchaus unzutreffend. Wer da meint, daß wir es bald erleben würden, daß in den Buchdruckereien mehr solcher Gummidruck-Rotationspressen ließen als in den Steindruckereien, der weiß eben nichts von den großen Schwierigkeiten in der Technik des Buchdrucks.

So ist es zum Beispiel durchaus keine so einfache und billige Sache, einen Schriftsatz sauber auf eine Zink- oder Aluminiumplatte umzudrucken, wie mancher annimmt. Ohne eine regelrechte, sorgfältige Zurichtung des Satzes in der Buchdruck-Schnellpresse kann kein brauchbarer Abdruck für den Ueberdruck erzielt werden. Eine solche Zurichtung nimmt aber oft viele Stunden in Anspruch; und handelt es sich dabei auch um Klischees, dann ist die Arbeit noch größer. Hat man einmal die Form in der Schnellpresse zugerichtet, dann druckt man am besten auch gleich die ganze Auflage davon; denn die lithographische Gummidruck-Rotationspresse läuft nicht um so viel schneller, als daß sich noch die vielen umständlichen Handhabungen des Satzdruckes usw. besonders rentieren könnten. Und zu alledem darf man auch nicht vergessen, daß es sich dabei doch immer nur um Arbeiten des Setzers handelt, die im Merkantilfach niemals mit den freieren und geschmackvolleren Erzeugnissen des Lithographen konkurrieren können, falls sie im Drucke nicht ganz beträchtlich billiger kommen. Bei der zukünftigen Bedrängung des Buchdrucks durch die Lithographie kann es sich im Merkantilfach auch nur um die besseren Arbeiten handeln. Die einfacheren Arbeiten, wo hauptsächlich der Typensatz in Frage kommt, kann die Lithographie dem Buchdruck doch nie streitig machen. Auf diesem seinem eigentlichen Gebiete muß der Buchdruck aus technischen Gründen immer leistungsfähiger bleiben. Dazu kommt noch die riesige Leistungsfähigkeit der für diese Zwecke gebauten Buchdruck-Rotationsmaschinen. Dabei sei auch noch erwähnt, daß es nicht richtig ist, daß die Rundstereotypie teurer komme und größere Schwierigkeiten mache als die Flachstereotypie.

Dies alles beweist also, daß der Buchdruck durch die Anwendung der lithographischen Gummidruck-Rotationspressen keinerlei Vorteil haben kann. Es ist darum auch gar nicht daran zu denken, daß durch eine solche Entwicklung im Buchdruck die Merkantilgraphie ihre Ueberlegenheit, die sie auf bestimmten Arbeitsgebieten dem Buchdruck gegenüber wieder gewonnen hat, abermals einbüßen könnte. Für die Chromolithographie kann eine solche Gegenwirkung des Buchdrucks natürlich überhaupt nicht in Frage kommen.

In der Ermöglichung des Rotationsdruckes in der Chromolithographie waren größere Schwierigkeiten zu überwinden, da hier die Technik besondere Aufgaben in der Erzielung der nötigen Passer beim Uebereinanderdruck der verschiedenen Farben zu lösen hatte. Doch konnte auch diese Aufgabe durch die Konstruktion eines besonderen automatischen Bogenanlegers gelöst werden.

Diese Umwälzungen im Chromodruck wird der Chromolithograph nicht zu bedauern haben. Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat man ihm ja immer das Schlimmste über die Entwicklung seines Berufes prophezeit; nun darf er aber doch die Hoffnung hegen, daß sich die Verhältnisse bald wieder zu

seinen Gunsten ändern. Durch die Verbilligung des Drucks werden sich die Kosten der Chromolithographie doch so vermindern, daß man sie zukünftig in vielen Fällen sicher bestimmen lassen wird, wegen der Vorzüge der Chromolithographie von der Anwendung des Dreifarbendrucks abzusehen. Besondere neue technische Entwicklungsmöglichkeiten der Chromolithographie rechtfertigen diese Erwartungen. Natürlich erwachsen nun auch den Chromolithographen neue Aufgaben, worüber verschiedenes zu sagen ist.

Graphische Zeichner.

Zwischen den stabilen Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer segelt heute noch ein Teil der schaffenden Bevölkerung schwankend dahin: der sogenannte »neue Mittelstand«, die Angestellten. Erst allmählich beginnen diese Leute zu begreifen, daß die Verbesserung ihrer Lebenslage nur möglich ist durch den Zusammenschluß aller Berufskollegen. Zu den Angestellten zählen sich heute auch die graphischen Zeichner. Gerade unter diesen Personen ist der Organisationsgedanke noch besonders schwach. Das ist erklärlich! In den Betrieben mit vielen Arbeitern der gleichen Branche tritt die Notwendigkeit des Zusammenschlusses und auch die Aussicht auf Erfolge viel augenfälliger zu Tage als dort, wo nur sehr wenige Berufskollegen zusammen arbeiten. Hier ist eben das Solidaritätsgefühl nur sehr wenig entwickelt. Jeder glaubt sich auf die eigene Kraft verlassen zu müssen. Es ist daher verständlich, daß die graphischen Zeichner bis heute noch nicht in der Lage waren, sich aus sich selbst heraus eine kraftvolle Organisation zur Hebung ihrer sozialen Lage zu schaffen.

Zur Schaffung einer standhaften Organisation gehört heute ein großer Kreis von Mitgliedern. Da die graphischen Zeichner eine verhältnismäßig kleine Berufsgruppe bilden, ist für sie wohl der richtige Weg der, sich einem verwandten Berufe anzuschließen. In diesem Falle käme aber nur der Verband der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufe in Frage. In der Tat haben sich auch schon eine Reihe Zeichner diesem Verbands angeschlossen.

Um eine Lösung der speziellen Berufsfragen im Industriebereich zu ermöglichen, können sich diese kleinen Berufe besondere Sektionen schaffen, die in diesem Falle natürlich ein Teil der Lithographen-Filialien sind, wie es auch bei den Sektionen der Kartographen der Fall ist.

Gerade die graphischen Zeichner haben in ihrem Berufe eine Unmenge von Uebelständen zu verzeichnen. Hier seien nur einige angeführt. Es dürfte nicht allbekannt sein, daß z. B. in Berlin akademisch gebildete Zeichner im Akkord und auch solche im Stundenlohn arbeiten. In anderen Geschäften wiederum werden die Kollegen im schlimmsten Kasernenhofen angefahren. Geradezu schreiende Mißstände herrschen aber auf dem Gebiet der Lehrlingsausbildung. Hier sucht man, besonders in der Modebranche, an Stelle der »teuren Gehilfen« billige weibliche Zeichner heranzubilden.

Dies sind nur einige Proben aus der Fülle des Materials, die aber schon zur Genüge zeigen, wie nötig der Zusammenschluß der Zeichner ist.

In Berlin fand am 24. Februar 1911 die erste öffentliche Zeichnerversammlung statt. Einem einleitenden Vortrage des Herrn Ed. Bernstein über: *Kunst - Technik - soziale Entwicklung* folgte eine lebhafte Diskussion über Berufs- und Organisationsfragen. Sämtliche Redner anerkannten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Zeichner. Auch erklärte sich die Versammlung mit der Gründung einer Zeichnersektion einverstanden, an deren Spitze eine dreigliedrige Kommission gewählt wurde.

Damit wäre der Grundstein für eine Zeichnerorganisation gelegt, die es möglich machen würde, die Interessen der Kollegen energisch zu vertreten.

Die graphischen Zeichner haben es nunmehr in der Hand, geordnete Verhältnisse im Berufe zu schaffen. Tun sie dies nicht, dann haben sie sich selbst die Schuld zuzuschreiben, wenn ihre soziale Lage immer schlimmer wird. E-lein.

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Das Hilfspersonal des Steindruckgewerbes.

II.

Die Ansicht mancher Kollegen, daß sie dem Unternehmer mehr gelten als die Hilfsarbeiter, sieht also auf sehr wackligen Füßen. Das beweist auch die Tatsache, daß ungeachtet der Umstände, die sonst noch dabei mitspielen können, nur der Drucker, nicht aber auch der Hilfsarbeiter für den Ausfall der Arbeitsleistung verantwortlich ist.

Von dem Standpunkt des zuletzt Genannten aus betrachtet, will es scheinen, als wenn sich unsere Kollegen nicht überall dieser Stellung in der Konsequenz bewußt sind. Anders sind die Vorfälle kaum zu erklären, die sich da ereignen, wo Hilfsarbeiter

lischen, wie es in den christlichen Gewerkschaften geschieht, nach den Lehren unserer heiligen Kirche nicht erlaubt ist, mag eine allerhöchste Entscheidung es verbieten. Man wird gehorsame Katholiken in uns finden.

Ein anderer Christenführer, der frühere christliche Angestellte Tabek, bekundete in einer Gerichtsverhandlung, daß er sich den Haß der Gewerkschaften zugezogen habe, weil er an der Zentrumspolitik Kritik übte. Außerdem sei er des öfteren mit dem Vorstände wegen der Anstellung evangelischer Beamter in Konflikt geraten.

Zu allem Ueberfluß ist auch noch auf Geheiß des Papstes von den christlichen Vereinen der Kampf gegen die katholischen Fachabteilungen, die sie 10 Jahre als Streikbrecherorganisationen bekämpften, aufgegeben worden. Das dürfte wohl genügen, dem

Frager zu beweisen, welche Dummheit er beging, als er seine 10jährige Mitgliedschaft in unsern Verbänden aufgab, um sich unter die Fuchtel der Zentrumschriften zu begeben.

Gleichsam um uns zu beweisen, wie sehr wir mit dem eingangs Gesagten das Richtige getroffen haben, kommen nun neuerdings die »Graph. Stimmen« und erklären, daß der Chemigraphentarif an sich Vorteile gebracht habe. Auch die Organisation als solche bekämpfen sie nicht. Das schreiben sie, nachdem es 4 Wochen vorher hieß, der Verband reße nur nieder und baue nicht auf. Wirklich, das Zentralverbändchen brauchen wir nicht zu »zerzausen« das geht an sich selber zugrunde, wie die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung. Es ist ja noch nicht lange her, bei der letzten Bewegung im Ruhrrevier, wo sich zwei Abgesandte des Gewerkvereins

im Bureau der freien Gewerkschaften überzeugen mußten, daß in kurzer Zeit 1200 Mitglieder der christlichen Organisation in die freie übergetreten waren. Wenn darum die zentrumschristliche »Westl. Arb.-Zeitung« wimmert: »Die sozialdemokratische Gewerkschaftsgruppe ist der stärkste Teil und schließt sich allen Ernstes an, die Alleinherrschende zu werden...« Noch ist es Zeit, aber auch höchste Zeit! Immer noch steigt das zahlenmäßige Mißverhältnis zwischen unseren und den sozialdemokratischen Verbänden, so versteht man auch wenn die »Graph. Stimmen« in letzter Stunde keine Mittel scheuen, um sich zur Geltung zu bringen. Doch wir können darüber beruhigt hinweggehen, solange die Tugend an ihnen die hervorsteckende ist, gegen die sogar schon Götter vergebens gekämpft haben sollen.

Stellenangebote
Positiv-Retuscheur
1a. Kraft, sofort oder später, dauernd gesucht. [1,80]
J. G. Huch & Co., Barmen.

Positiv-Retuscheur
auf Maschine geübt und für tüchtig für unsere Posit.-Abteil. gesucht
Melsenbach Riffarth & Co., Berlin-Schöneberg. [2,70]

Positiv-Retuscheur
für 1a. Maschinen-Retusche in dauernde angenehme Stellung zum bald. Eintritt. [1,80]
Müller & Bürkle, Göttingen

Positiv-Retuscheur
erste Kraft, für sorgfältige Maschinen-Retusche gesucht. [1,80]
Carl Schütte, Berlin W. 66.

Wirklich tüchtige Positiv-Retuscheur
engagieren noch [1,80]
F. Guhl & Co., Frankfurt a. M.

1a. Maschinen-Retuscheur
suchen [1,50]
Beissner & Gottlieb, Wien I., Ottendemarkt 1.

Wir suchen noch einige **tüchtige Positiv-Retuscheur** für feinste Maschinenretusche. [5,-]
Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an
Brend'amour, Simhart & Co., Düsseldorf-Oberkassel.

Tüchtige Farbenätzer
für dauernde Stellung zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht. Gefällige Offerten erbittet [4,20]
Aug. Schuler, Chemigraphische Kunstanstalt, Stuttgart.

Maschinen-Retuscheur, Auto-Aetzer f. Maschin.
nur erste Kräfte sucht [1,80]
Albert Wolf, Mannheim.

Tücht. Strichätzer, der auch fräsen kann und erstklassige Maschin.-Retuscheur
auf sofort in dauernde Stellung gesucht. Bewerb. mit Gehaltsanspr. u. Zeugnisabschriften an **J. G. Huch & Co., O. m. b. H., Braunschweig.** [3,-]

1a. Kopierer
gesucht. Nur solche mit mehrjähriger Praxis und an sauberes Arbeiten gewöhnt, wollen sich melden. [2,10]
Köhler & Lippmann, Braunschweig

Tüchtiger Zink- und Kupfer-Retuscheur
zu möglichst sofortigem Antritt gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen, sowie Angabe des frühesten Eintrittes erbitten [3,-]
Krey & Sommerlad, Niedersiedlitz - Dresden.

Tüchtiger Farben-Aetzer
zu möglichst sofortigem Antritt gesucht. Gef. Anerbieten mit Lohnansprüchen und Zeugnis an **J. G. Scheller & Giesecke, Leipzig** [2,40]

Zum sofortigen Eintritt gesucht:
1 Positiv-Retuscheur-Zeichner, 1 Andrucker für Schwarz u. Farben, 1 Nachschneider. für technische Arbeiten, in dauernde, gute Stellung. Nur ganz tüchtige, zuverlässige Kräfte können berücksichtigt werden und wollen ihre Offerte mit Proben und Angabe von Gehalt und eventl. Eintrittsdatum einreichen an **R Henzi & Co., [4,20 Photochemigraphie, Bern (Schweiz)**

Gesucht wird für die Hand-Pressen ein **Schwarz-Drucker** der auch im **Bunddruck** bewandert ist. Gefl. Offerten an [2,10]
Kirstein & Co., Leipzig-Pl.

Mehrere tüchtige Messingstecher
werden durch den Arbeitsnachweis gesucht.
C. Schubart, Berlin N., Badstraße 26.

Suche im Nachweis
tüchtige **Messingstecher** für Tapete und Linoleum, sowie einen **Holz- und Messingstecher** **Karl Erikson, Göteborg, Kaponniergatan 8**

Suche im Nachweis [1,50 tüchtige Stecher
Oschmann, Formstecherei, Hannover-Linden.

2 oder 3 Holz- u. Messingstecher
oder auch nur Holz- oder Messingstecher suchen [1,80]
Engelmann & Lampe, Hildesheim

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein- druck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung, Prospekte frei. Kunstgewerbeschule **Barmen**

Stellengesuche
Tüchtiger Auto-Aetzer, speziell für amerikanische, Maschinen-Retuschen sucht Stellung. **J. Pranger, Amsterdam, 2e Helmerstraat 46, II.**

Verschiedenes
Kleine Druckerei-Einrichtungen fachmänn. zusammengest., billig., **Alexander Grube, Leipzig 4, Talstraße.**

Zigaretten-Packung!
Kollegen, welche Zigaretten-Entwürfe, nach eigenen Ideen verkaufen wollen, werden ersucht Offerten mit Preisangabe an mich zu richten. **Fr. Streibl, Berlin O. 112, Simon-Dachstr. 20**

Fachliteratur.
Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf. Zu beziehen durch **Conr. Müller, Schkeuditz.**

Verbandsnachrichten
Der Steindrucker **Reinh. Fröhlich** (Oesterreicher) Buch No. 6073 ist aus Magdeburg verschwunden ohne sein Markenkonto, das er als Vertrauensmann inne hatte, zu verrechnen. Wir bitten um Mitteilung über den Aufenthaltsort Fröhlich's. [1,65]
Zahlstelle Magdeburg **Karl Möbinger, Gr. Münstr. 3.**

Der Kollege **August Klanke,** Lithograph wird gebeten seinen Aufenthaltsort an den Vorsitzenden der Zahlstelle **Essen, Ruhr** anzugeben. **J. Hartmann, Vorsitzender, Cimentinenstraße 27 pt [1,20**

ROCKE'S HERMINOL übertrifft alle **TROCKENMITTEL**
Generalvertrieb durch **HAASE & KAISER, Leipzig**

Totenliste.

† Am 29. Januar in **Dresden Friedrich Kranz,** Steindr. aus Ungersheim, 78 Jahre alt, an Blasenleiden und Altersschwäche, krank 17 Wochen. — Eingetreten in Dresden am 9. Januar 1910.

† Am 7. Februar in **Dresden Albert Schubert,** Photogr. aus Dresden, 21 Jahre alt, freiwillig aus dem Leben geschieden durch Vergiftung. — Eingetreten in Dresden am 1. April 1907.

† Am 10. Februar in **Stuttgart Johannes Frank,** Steindr. aus Weil i. Schönbuch, 61 Jahre alt, an Arterienverkalkung, krank 73 Wochen. — Eingetreten in Stuttgart am 4. März 1906.

† Am 12. Februar in **Leipzig Wilhelm Hering,** Chemigr. aus Leipzig-Gohlis, 24 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 52 Wochen. — Eingetreten in Leipzig am 27. März 1905.

† Am 26. Februar in **Frankfurt a. M. Daniel Pietz,** Hilfsarb. aus Niedereschbach in Hessen, 71 Jahre alt, an Magenleiden, krank 5 Wochen 4 Tage. — Eingetreten in Frankfurt a. M. am 1. Januar 1893.

† Am 28. Februar in **Halle a. S. Joseph Preisig,** Lithogr. aus Höxter a. W., 28 Jahre alt, an Herzschlag, krank 2 Tage. — Eingetreten in Erfurt am 29. März 1908.

† Am 6. März in **Hamburg Wilhelm Mohrmann,** Lithograph aus Hamburg, 72 Jahre alt, an Arterienverkalkung, Nerven- und Augenleiden, Invalide seit 27. Juni 1909. — Eingetreten in Wandsbek am 9. Februar 1874.

† Am 6. März in **Leipzig Adolf Wetzig,** Steindr. aus Leipzig-Connewitz, 27 Jahre alt, an Diphtheritis, krank 3 Wochen 1 Tag. — Eingetreten in Leipzig am 4. März 1902.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gefl. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Beifügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personalien, (Nutznamen, Geburtstag und Jahr) mitteilen.
Der Hauptvorstand.